

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen Lage

Der Bundestag wolle beschließen:

In den Morgenstunden des 24. Februar 2022 hat Präsident Putin einen umfassenden militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine gestartet. Dieser Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Dabei handelt es sich um einen eklatanten Bruch des Völkerrechts. Der 24. Februar 2022 ist seit dem Zweiten Weltkrieg einer der dunkelsten Tage in Europa. Der Deutsche Bundestag bekundet seine Solidarität und Unterstützung mit der Ukraine und ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie all jenen Menschen, die auch in der Russischen Föderation wie in Belarus gegen Autokratie und für Frieden, Freiheit und Demokratie eintreten.

Mit diesem Angriffskrieg auf die Ukraine bricht die russische Regierung vor den Augen der Welt mit den elementarsten Regeln der internationalen Ordnung. Eine Europäische Friedensordnung ist die Grundlage für unser Leben in Freiheit, Wohlstand und Frieden. Bereits zuvor hatte Russland mit der völkerrechtswidrigen Anerkennung von Abchasien und Südossetien und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim dieser Ordnung schweren Schaden zugefügt.

Bei dem unentschuldbaren Angriff auf die Ukraine handelt es sich um nichts weniger als eine historische Zäsur. Die internationale Gemeinschaft wird entschlossen zusammenstehen. Die russische Führung wird einen hohen Preis dafür zahlen müssen.

Die Welt steht vor der Frage, ob das Recht des Stärkeren über das internationale Völkerrecht und die internationale Ordnung obsiegt. Präsident Putin setzt mit dem Krieg in der Ukraine seine Vorstellung von der Einteilung der Welt in Einflussphären um und er agiert als brutaler Aggressor und Eroberer. Damit trifft der Angriff auf die Ukraine auch uns in Deutschland. Und es steht zu befürchten, dass er denen in der Welt als Beispiel dient, die ebenfalls Macht vor Recht stellen.

Der Deutsche Bundestag verurteilt das Vorgehen der russischen Regierung aufs Schärfste und erklärt seine volle Solidarität mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung. Das Streben der Ukrainerinnen und Ukrainer nach Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Niemand hat das Recht, die Ukraine mit militärischer Gewalt an diesem Weg zu hindern.

Der Mut und das zivilgesellschaftliche Engagement unserer ukrainischen Nachbarinnen und Nachbarn sind Vorbild für ganz Europa. Ein Europa, in dem die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren gilt. Diesen Geist und diesen Fortschritt werden Präsident Putin und sein Regime niemals besiegen.

Die russische Führung ist in unverantwortlicher Weise nicht auf Gesprächsangebote eingegangen und hat den Weg der militärischen Aggression gewählt.

Gleichzeitig erklärt der Deutsche Bundestag, dass er die Interessen unserer Partner in Mittel- und Osteuropa ernstnimmt. Unterschiedlichen Bedrohungsperzeptionen muss Deutschland Rechnung tragen und den Fokus auf eine gemeinsame und kohärente EU-Politik gegenüber Russland legen, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen russischen Aggressionen gegenüber der Ukraine.

Der Deutsche Bundestag fordert Präsident Putin und die russische Regierung auf, den Angriffskrieg auf die Ukraine unverzüglich einzustellen und ihre Truppen sofort vom Gebiet der Ukraine abzuziehen. Eine sofortige Waffenruhe ist das Gebot der Stunde. Dringend benötigte humanitäre Hilfe muss in das Land gelassen werden. Die völkerrechtswidrige Anerkennung der sogenannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk muss umgehend widerrufen werden. Die vollständige territoriale Integrität der Ukraine einschließlich der Halbinsel Krim muss wiederhergestellt werden.

Gezielt lancierte Desinformationen und Angriffe auf digitale Infrastrukturen, auch und gerade solche aus dem Bereich der kritischen Infrastrukturen sind integraler Teil der russischen Kriegsführung. Der Deutsche Bundestag verurteilt solche auch und gerade auf zivile Infrastrukturen abzielende Praktiken auf das Schärfste.

Deutschland ist in den vergangenen Jahren sehr engagiert im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit der Ukraine gewesen und hat die Ukraine mit ca. 2 Milliarden Euro unterstützt. Der Deutsche Bundestag erklärt ausdrücklich, dass er auch in Zukunft mit einer freien und souveränen Ukraine intensiv zusammenarbeiten wird und intensive Unterstützung und Hilfe leisten wird.

Durch sein Vorgehen stellt Präsident Putin Russland außerhalb der Völkergemeinschaft. Die russische Führung allein hat es in der Hand, diesen Irrweg der militärischen Gewalt wieder zu verlassen. Europa und die internationale Gemeinschaft wissen grundsätzlich um den Wert stabiler Beziehungen zu Russland. Eine substanzielle internationale Zusammenarbeit ist aber erst wieder denkbar, wenn die russische Führung das Völkerrecht achtet und die territoriale Integrität und Unverletzbarkeit der Grenzen seiner Nachbarstaaten vollumfänglich respektiert und wiederherstellt. Unser Respekt und unsere Anerkennung gelten allen Russinnen und Russen, die sich gegen den Aggressionskurs ihres Präsidenten stellen und damit der Welt zeigen, dass es auch ein anderes Russland gibt, das Teil der Völkergemeinschaft sein möchte und in Frieden mit seinen Nachbarn leben will.

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesrepublik Deutschland steht fest und unverbrüchlich an der Seite unserer ukrainischen Freundinnen und Freunde. Wir teilen die Werte der Demokratie, Freiheit und des Friedens. Diese Werte und die Menschen die dafür einstehen, werden wir niemals aufgeben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zusammen mit unseren Partnern der internationalen Staatengemeinschaft mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln auf die russische Regierung einzuwirken, dass sie die internationalen Abkommen, Regelwerke und völkerrechtlich verbindlichen Verträge, die sie selbst unterschrieben hat und sich damit verpflichtet hat sie zu erfüllen, wieder beachtet und befolgt, darunter die Charta der Vereinten Nationen, die Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris, die NATO-Russland- Grundakte und das Budapester Memorandum;

2. sich gemeinsam mit den transatlantischen und europäischen Partnern mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln für eine sofortige Waffenruhe und den unverzüglichen und vollständigen Abzug der russischen Truppen von ukrainischem Territorium einzusetzen;
3. der Ukraine alle infrage kommenden politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und humanitären Unterstützungsmaßnahmen zukommen zu lassen; das schließt Wirtschaftssanktionen die die Oligarchen und Kriegsprofiteure direkt treffen ein;
4. die Aufnahme Flüchtender und Schutzsuchender aus der Ukraine in Deutschland zu ermöglichen und unsere europäischen Nachbarn bei der Aufnahme und Versorgung von Flüchtenden und Schutzsuchenden zu unterstützen;
5. Berichten über Kriegsverbrechen durch Russland im Zusammenhang mit der Invasion in die Ukraine nachzugehen und dafür einzutreten, diese international zu ahnden;
6. von Waffenlieferungen und der Entsendung weiterer Truppen der Bundeswehr abzusehen, da sie ein weiterer Schritt in einer Aufrüstungsspirale Europas sind.

Berlin, den 27. Februar 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

